

Rüstungsboom für den geistigen Tod

Kampagne kämpft für Atomwaffenfreiheit Deutschlands bis 2010

Von Pat Christ



Auszug aus dem Flyer „unsere zukunfft – atomwaffenfrei“, siehe auch: www.atomwaffenfrei.de

Schon als Teenager, aktiv in der evangelischen Jugendarbeit, lehnte Pfarrer Dr. Matthias Engelke Atomwaffen ab. Ohne dies allerdings nach außen kund zu tun: „Auf die Straße zu gehen, zu demonstrieren, das war damals jenseits unserer Vorstellungskraft.“ Inzwischen setzt sich Engelke vehement für Atomwaffenfreiheit ein. Unter anderem in der Kampagne „unsere zukunfft – atomwaffenfrei“, die im August 2007 startete.

Die Kampagne, die vom Internationalen Versöhnungsbund auf dem Kirchentag in Bremen vorgestellt werden wird, will erreichen, dass Deutschland bei der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages 2010 vor den Vereinten Nationen verkündet: „Deutschland ist atomwaffenfrei: Wir haben die nukleare Teilhabe beendet, als einen Schritt zu einer atomwaffenfreien Welt.“

Die Mobilisierungsarbeit für die Kampagne ist nicht leicht. Vor allem in Krisenzeiten, wo noch weniger über den eigenen Tellerrand geschaut wird als in Jahren, in denen es den Men-

schen weitgehend gut geht. Engelke weiß aus eigener Erfahrung, wie viel Überwindung es kostet, aktiv zu werden gegen die menschenverachtenden Waffensysteme, die immer noch in Deutschland lagern. Wie schwer es für viele ist, den Mund aufzumachen. Laut zu werden.

Auch die Menschen, mit denen Engelke als Jugendlicher zusammen war, wollten sich, trotz ihrer grundsätzlichen Überzeugung, dass nukleare Waffen zu ächten sind, schlicht und einfach nicht festlegen lassen auf die unheimliche Thematik Atomwaffen. Wollten keine Transparente mit eindeutigen Parolen vor sich hertragen. Wahrscheinlich war damals, so Engelke im Rückblick, an dieser Entscheidung eine gute Portion Feigheit beteiligt. Schließlich gab es mitunter heftigen Widerstand gegen die konsequente Ablehnung nuklearer Waffen.

Heute sind dem Theologen, der 1997 Militärfarrer in Idar-Oberstein und bei der Luftwaffe in Birkenfeld im Hunsrück wurde, Demos wohl vertraut. Seit 2002 kämpft er, inzwischen wie-

der Gemeindepfarrer, für den Abzug der letzten Atomwaffen aus Deutschland. Am Fliegerhorst Büchel, wo seit dem Abzug der Nuklearwaffen aus dem pfälzischen US-Stützpunkt Ramstein im Jahr 2007 als letztem Standort noch Nuklearbomben der Vereinigten Staaten lagern, organisierte er im vergangenen Jahr eine große Protestaktion. Etwa 2000 Menschen kamen, um zu demonstrieren – deutlich mehr, als in dem kleinen Ort Büchel wohnen. Wahrscheinlich noch mehr kamen bewusst nicht. Vor allem kommunale Spitzenpolitiker leisteten verbalen Widerstand. Wird es ihnen doch angst und bang, wenn sie daran denken, was aus dem Fliegerhorst wird, würden dort keine Atomwaffen mehr gelagert. Am Ende schließt die Bundeswehreinrichtung. Womit reihenweise Arbeitsplätze vernichtet würden.

Der Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr mit seinen zahlreichen deutschen und, laut dem Berlin Information-Center für Transatlantic Security (BITS), rund 140 amerikanischen Soldaten der 702. MUNSS (Munition Support Squadron) ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für die Region. Das weiß auch Engelke. Viele profitieren – angefangen vom Bäcker über den Tabakwarenverkäufer bis zum Lebensmitteleinzelhändler. Nur: Dieser auf inhumanen Waffen der USA basierende Profit ist teuer erkauft. Rund 500 Millionen Euro, ergaben Engelkes Recherchen, kostet die nukleare Beteiligung der Bundesregierung dem Steuerzahler. Geld, das für die deutschen Tornadopiloten, die, bei jedem Flug als NATO-Soldaten deklariert, mit Atomwaffen-Attrappen den Nukleareinsatz trainieren, ausgegeben wird. Und für die teure Wartung der Tornados. Und die Luftwaffensicherungsstaffel „S“ (S steht für Sonderwaffen).

Was könnte mit diesem Geld geschehen! Engelke hat in seinem Pfarrhaus in Lobberich am Niederrhein, 175 Kilometer von Büchel entfernt, bereits

„Wir wenden 500.000 Dollar auf, um einen feindlichen Soldaten zu töten, während wir gleichzeitig nur 53 Dollar für jeden Menschen ausgeben, der in unserem Land als arm eingestuft wird.“

Pläne geschmiedet, die er jedem, der mit dem Arbeitsplatz-Totschlagargument kommt, vor Augen hält. Würde die Bundesregierung auf die Abschaffung der Atomwaffen drängen, würden die Waffen, was sehr wahrscheinlich wäre, dann tatsächlich abgezogen und würde daraufhin der Fliegerhorst geschlossen, könnte dort Neues, Humanes, wirtschaftlich und ökologisch Sinnvolles entstehen. Mit nur einem Bruchteil jener 500 Millionen Euro, die jährlich für die Lagerung der Relikte aus dem Kalten Krieg verschwendet werden.

Engelke denkt konkret an ein von den Bürgern der Region getragenes und verwaltetes Energiezentrum mit einer Anlage zur Wasserstoffspaltung als Herzstück. Dort könnte jener alternative Treibstoff hergestellt werden, den Hybridmotoren benötigen. Viele hätten hier zu tun. Viele könnten von hier aus die Idee eines sinnvollen Geldeinsatzes, die Idee eines humanen und ökologischen Wirtschaftens in die Welt hinaustragen. Vor allem in jene Länder, die ebenfalls mit dem Problem zu kämpfen haben, dass auf ihrem Areal Nuklearbomben lagern: Großbritannien, Italien, die Türkei und die Niederlande. Und vor allem Belgien. Wo es ebenfalls in der Bevölkerung eine immer stärkere Gegenwehr gibt. Engelke: „Belgier, die 2008 bei unserer Großdemonstration waren, baten uns konkret um Unterstützung.“ Sie benötigten das Vorbild der deutschen Pazifisten.

Insgesamt, schätzt die Federation of American Scientists (FAS), sind in Europa noch etwa 200 bis 350 US-Atombomben gelagert. Darunter vermutlich 10 bis 20 in Büchel. Jede einzelne Büchel-Bombe hat Schätzungen zufolge eine Zerstörungskapazität von zehn Hiroshimabomben.

Ob das Ziel der Kampagne „unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ wohl erreicht wird? Engelke schwankt zwischen Hoffnung und Skepsis. Tatsache ist, so der Pfarrer, dass viele Men-

schen in Deutschland gar nicht wissen, dass in Büchel noch Atomwaffen lagern: „Wenn wir davon erzählen, ernten wir oft ungläubiges Staunen.“ Dass dies so ist, liegt an letztlich undemokratischem Verhalten der Bundesregierung und am Versagen der Demokratieinstanz „Presse“. „Die Bundesregierung hat mit dem Unwissen der Menschen Schindluder getrieben“, lautet die vernichtende Kritik des Protestanten. In der Öffentlichkeit wurden Diskussionen über die Lagerung der Vernichtungswaffen konsequent vermieden. Und niemand fand Gehör, der anprangerte, dass allein diese Lagerung völkerrechtswidrig ist. Schließlich hat Deutschland völkerrechtlich verbindlich auf Massenvernichtungswaffen verzichtet.

Auch die Presse, die korrigierend hätte eingreifen müssen, war jahrelang nicht zur Stelle. Und ist es noch immer kaum. Journalisten, die nach Büchel kommen und vor Ort recherchieren, so Engelkes Erfahrung, blitzen oft bei Redaktionen mit ihren Reportagen ab. Die kleineren Demos seit 2002, zu denen in den Anfangsjahren nur wenige Pazifisten kamen, um zu protestieren, hatten keinerlei Chance, in die Nachrichten zu kommen. Engelke: „Alles, was unter hundert Menschen ist, ist für ARD und ZDF langweilig.“ Noch dazu, wenn die Demos, zwar fantasievoll, aber gewaltfrei abgehen. Und Gewaltfreiheit ist oberstes Prinzip des Initiativkreises, der sich in der Südeifel formiert hat. Nur ziviler Ungehorsam wird geduldet: „Wobei wir dann die Konsequenzen auf uns nehmen.“ Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruch beim Eindringen auf das Fliegerhorstgelände zum Beispiel.

Mit der derzeitigen Regierung, weiß der Seelsorger, ist ein Atombombenabzug nicht zu machen. Denn während sogar die FDP den Abzug der nuklearen Vernichtungswaffen fordert, rührt sich auf Seiten der christlichen Politiker

nichts. Im Gegenteil. An der nuklearen Teilhabe Deutschlands „als Bekenntnis zur Kriegsverhinderung und als Demonstration von Bündnissolidarität“ wird festgehalten. Gleichzeitig wird im eigenen Land aufgerüstet. So sollen laut der abrüstungspolitischen Expertin der Linksfraktion, Inge Hoger, von den 500 Millionen Euro des Konjunkturprogramms II, die die Bundeswehr erhalten werden, zu einem großen Teil Waffen gekauft werden. Hoger: „Wir sprechen hier nicht nur von 1.000 Maschinenpistolen, sondern von der Anschaffung von schwerem Kriegsgerät: Dazu gehören neben 37 gepanzerten und großteils bewaffneten Tanklastzügen auch 34 gepanzerte Dingo 2-Fahrzeuge mit Gefechtsturm, 10 Fennek-Panzerfahrzeuge und ein Panzermörser Wiesel 2.“ Darüber hinaus sollen für 22 Millionen Euro schwere Kampfdrohnen eingekauft werden. So findet laut der NATO-Gegnerin eine verdeckte Erhöhung des Militäretats statt: „Diese Beschaffungen unterliegen keinerlei demokratischer Kontrolle.“

Angesichts der Unsummen, die nach wie vor jedes Jahr für Rüstung ausgegeben werden, denkt Pfarrer Engelke an Martin Luther King, der nicht nur den Krieg in Vietnam geißelte, sondern auch die Verschwendung der Ressourcen des Militärs anprangerte: „Wir wenden 500.000 Dollar auf, um einen feindlichen Soldaten zu töten, während wir gleichzeitig nur 53 Dollar für jeden Menschen ausgeben, der in unserem Land als arm eingestuft wird. Deshalb bin ich immer mehr zu der Überzeugung gekommen, dass dieser Krieg ein Feind der Armen ist und deshalb greife ich ihn an.“ Überliefert ist weiter das Zitat: „Eine Nation, die Jahr für Jahr mehr Geld für die militärische Aufrüstung ausgibt als für Programme, die die gesellschaftlichen Verhältnisse heben würden, nähert sich ihrem geistigen Tod.“ Engelke: „Damit kann ich mich voll und ganz identifizieren.“ ■